

Herr Dziendziol erläuterte kurz den vorgelegten Antrag. Zusammenfassend trug er vor, dass hier ein Gesamtkonzept unabhängig vom Einzelhandel für den Ortskern entwickelt/erarbeitet werden soll. Gleichzeitig sollen auch die Felder „Wohnen“ und „Kultur“ mit einbezogen werden.

Frau Borowsky führte u. a. aus, dass die Bezeichnung „Machbarkeitsstudie“ hier nicht passen würde, da es doch um die Planung der Ortsentwicklung gehen würde, was seitens der SPD-Fraktion ebenfalls seit Längerem gefordert würde. Sie vertrat die Auffassung, dass dies schon durch die Verwaltung eingeleitet worden sei und es umgesetzt würde. Daher sei der Antrag in dieser Form nicht nötig.

Herr Metz führte u. a. aus, inwieweit auch die Situation „neuer Einkaufsmarkt“ an der Pleistalstraße mit einbezogen werden würde. Daher sollten - unabhängig davon - die besten Perspektiven für den Ortsteil Niederpleis untersucht werden. Er wollte daher, bevor „diese auf den Weg gebracht“ werden, eine klare Einschätzung der Verwaltung – auch im Hinblick auf die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel – inwieweit ein derartiges Konzept erarbeitet werden kann (Ortsmittelpunkt, Einbeziehen/Zusammenlegen von Grundstücken, Kultur, Haus Niederpleis).

Herr Züll führte u. a. aus, dass aus seiner Sicht dieser Antrag nicht als Planung zu verstehen sei. Aufgrund der gegebenen Rahmenbedingungen (Darstellung im Flächennutzungsplan, bestehende Planungsrechte, baulicher Bestand etc.) solle untersucht werden, was hieraus perspektivisch entstehen soll. Daher werde die FDP-Fraktion diesem Antrag so zustimmen.

Herr Gleß führte aus, dass im Stadtentwicklungskonzept immer vom Begriff „konkretisierendes Stadtteilentwicklungskonzept“ ausgegangen wird. Daher sollte auch im vorliegenden Fall diese Begriffsbezeichnung angewandt werden. Der Begriff „Machbarkeit“ drücke aus seiner Sicht mit aus, dass hier sofort Ideen, Vorschläge etc. auch auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüft werden müssten. Ein Stadtteilentwicklungskonzept zeigt eher alle Perspektiven zur Weiterentwicklung eines Stadtteils auf unter Berücksichtigung verschiedener Rahmenbedingungen (Straßengestaltung, Funktionalität, Kultur, Einbeziehen der Bevölkerung etc.). In einem solchen Stadtteilentwicklungskonzept sollen auch schon Lösungsmöglichkeiten aufgezeichnet werden. Auch müsste das Projekt „EDEKA-Markt“ mit in diese Untersuchung einbezogen bzw. berücksichtigt werden; ebenso der neue Verbrauchermarkt „Am Engelsgraben“. Daher sei hier von dieser Begriffsbestimmung Stadtteilentwicklungskonzept auszugehen, da dies alles berücksichtigen würde, was bei einer nachhaltigen Planung berücksichtigt werden müsste. Dies sei auch unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel machbar.

Herr Metz führte u. a. aus, dass die Einbeziehung des EDEKA-Marktes nicht erfolgen soll. Dies sei für seine Fraktion so nicht akzeptabel. Dies bedeute aber nicht, dass ein Stadtteilentwicklungskonzept nicht durchgeführt werden sollte, da es auf jeden Fall sinnvoll sei. Aufgrund der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 € sehe er daher den Erfolg eines unter Berücksichtigung aller genannten Gegenteile nicht als so groß an. Aus seiner Sicht müssten daher zusätzliche Mittel im nächsten Haushalt bereitgestellt werden, um ein entsprechendes Konzept zu erstellen.

Frau Feld-Wielpütz erklärte, dass hierbei alle Möglichkeiten zur Revitalisierung des alten Ortskerns untersucht werden sollen. Hier nannte sie u.a. die Aspekte Freie Buschstr., Hauptstr., Paul-Gerhard-Str., Schulstraße, Haus Niederpleis.

Herr Gleß unterbreitete dann folgenden Beschlussvorschlagvorschlag:

1. Die Bezeichnung sollte Stadtteilentwicklungsplan sein.
2. Seitens der Stadt würde ein Angebot eingeholt werden bezogen auf einen engeren Verflechtungsbereich (alter Ortskern von Niederpleis: Schulstraße, Paul-Gerhard-Straße und Hauptstraße).
3. Es sollten aber zusätzlich die Stadtteilgrenzen von Niederpleis mit betrachtet/einbezogen werden.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden an die antragstellende Fraktion, ob diesem Vorschlag von Herrn Gleß so gefolgt werden kann, gab es keine Einwände. Daraufhin ließ der Ausschussvorsitzende über den Vorschlag von Herrn Gleß abstimmen:

einstimmig

Gleichzeitig erklärte der Ausschussvorsitzende den Antrag der CDU daraufhin für hinfällig.

Für die CDU-Fraktion widersprach Frau Feld-Wielpütz dieser Feststellung. Zur Tagesordnung stehe der Antrag der CDU-Fraktion und über diesen Antrag sei nun noch abzustimmen. Dem modifizierten Vorschlag stimme die CDU-Fraktion zu, daher obliege es dem Ausschussvorsitzenden aber nicht, über den Antrag der CDU nicht mehr abstimmen zu lassen.

Herr Metz führte hierzu aus, dass dies ein vernünftiger Vorschlag sei, so wie ihn Herr Gleß unterbreitet habe. So sollte doch zunächst abgewartet werden, was für und welche Angebote bei der Veraltung eingehen werden. Da dieser Antrag hier und heute in der Sitzung weiterentwickelt worden sei zu dem das, was man sich hierunter vorstellen kann. Zumal dieses Thema aus seiner Sicht heraus bei den anstehenden Haushaltsberatungen bezogen auf „freiwillige Leistungen“ nochmals beraten werden müsste. Daher sprach er sich für diese von Herrn Gleß vorgeschlagene vernünftige sachorientierte Vorgehensweise aus, mit der der Ausschuss ja auch einverstanden sei. Aufgrund dessen sehe er nicht mehr die Notwendigkeit über den CDU-Antrag abzustimmen.

Der Ausschussvorsitzende führte anschließend aus, dass der Beschlussvorschlag von H. Gleß soeben einstimmig vom Ausschuss beschlossen sei. Er regte an, im Protokoll vermerken zu lassen, dass der Beschlussvorschlag von H. Gleß sich aus der Diskussion um diesen CDU-Antrag entwickelt habe.

Frau Feld-Wielpütz erklärte für die CDU-Fraktion, dass sie dieses Vorgehen prüfen lassen wolle. Zunächst könne man hierzu nichts ändern, da der Ausschussvorsitzende dies so ausführt. Sie finde dies so nicht in Ordnung, wie hier mit der CDU-Fraktion umgegangen worden sei.

Dies wies der Ausschussvorsitzende für sich als Ausschussvorsitzender zurück. Er habe deutlich gemacht, über was abgestimmt werde. Da hierzu keine weiteren Fragen mehr vorlagen, habe er daher abstimmen lassen. Diese Abstimmung sei auch durchgeführt worden.

Sodann schloss der Ausschussvorsitzende diesen Tagesordnungspunkt.